

Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA: Demokratie muss Vorrang haben

Der Gesamtpersonalrat für das Land und Stadtgemeinde Bremen fordert, die Verhandlungen über das Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP und das Dienstleistungsabkommen TiSA sofort auszusetzen und das mit Kanada bereits ausverhandelte CETA-Abkommen nicht zu ratifizieren. Er fordert den Bremer Senat auf, seinen Einfluss beim Bund und der EU-Kommission in diesem Sinne geltend zu machen.

Die Abkommen sind nach derzeitigem Kenntnisstand geeignet, die bisherige Form kommunaler Daseinsvorsorge und das Subsidiaritätsprinzip zu gefährden. TTIP sieht vor, dass die öffentliche Daseinsvorsorge wie Wasser, Abwasser, Abfallentsorgung, Bildung und Kulturförderung, Dienstleistungen der Stadtwerke, Kommunalbetriebe und der öffentliche Verkehr frei ausgeschrieben werden müssen. Nach TiSA wären in diese Ausschreibungen nicht nur die EU und die USA bzw. Kanada, sondern zahlreiche weitere Staaten, beispielsweise in Südamerika mit einbezogen. So käme z.B. die Privatisierung des Wassers, die durch eine europäische Bürgerinitiative im vergangenen Jahr verhindert wurde, durch die Hintertür wieder auf die Tagesordnung.

Die in den Handelsabkommen vorgesehenen faktischen Profitgarantien sowie die Schiedsgerichtsverfahren im Rahmen der Investitionsschutzklauseln höhlen die Demokratie und den Rechtsstaat aus. Durch sie wird der Spielraum demokratischer Entscheidungen eingeengt und auf die Beschlüsse reduziert, die die Renditen der Wirtschaft nicht schmälern. Denn im Falle wirtschaftlicher Verluste drohen dann hohe Schadensersatzklagen. Es reicht jedoch nicht aus, die Abkommen nur in diesem Punkt zu entschärfen.

Die USA und die EU haben unterschiedliche Standards. So gilt z.B. bei Lebensmitteln in der EU das Vorsorgeprinzip. In den USA kommen dagegen die Produkte sofort auf den Markt und die Verbraucher müssen eine Gefährdung nachweisen.

In Deutschland gelten ein Mindestlohn von 8,50 Euro ab 2015 und die Tarifautonomie. Die USA haben nach wie vor die Kernarbeitsnormen der ILO nicht vollständig anerkannt. Dort gibt es einen landesweiten Mindestlohn von 5,40 Euro und in 25 Bundesstaaten schränken „Right-to-Work-Gesetze“ Gewerkschaftsrechte massiv ein.

Wir fordern daher:

- Keine Unterwanderung der Demokratie!
- Keine Einschränkung der öffentlichen Daseinsvorsorge!
- Keine Angleichung oder gegenseitige Anerkennung von Standards, die einer Absenkung oder einer Abschaffung demokratisch geschaffener Arbeits-, Umwelt-, Verbraucher-, Sozial- und Vergabegesetze gleichkommt!
- Eine Wiederaufnahme von Verhandlungen über entsprechende Abkommen ist nur auf der Grundlage eines grundlegend neuen Verhandlungsmandats akzeptabel.